

Rede des Bundestagsabgeordneten und SPD-Unterbezirksvorsitzenden Oliver Kaczmarek
auf der Maikundgebung des DGB-Ortsverbandes Kamen, 1. Mai 2010, Kamener Stadthalle

(Der 1. Mai: Vom Kampftag zum Feiertag)

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. Es ist kein x-beliebiger arbeitsfreier Tag. Er ist auch kein großzügiges Geschenk der Arbeitgeber. Der Tag der Arbeit ist der Tag, den Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für alle Menschen erkämpft haben. Ursprünglich war es ein Kampftag. Es ging um die Einführung des Achtstundentags.

Der Maifeiertag ist also der Feiertag der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Ich betone das deshalb, weil auch heute wieder die Rechten mobilisieren, um Mai-Veranstaltungen z.B. in Dortmund zu stören und den Tag für ihre Nazi-Parolen missbrauchen wollen. Deshalb ist es mir wichtig zu sagen: der 1. Mai ist unser Feiertag! Es ist der Tag der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und damit auch der Tag der Solidarität und des Miteinanders. Nazis haben dabei nichts zu verloren!

(Das Motto des 1. Mai)

Der DGB hat den 1. Mai 2010 unter das Motto gestellt: „Wir gehen vor!“. Ich finde, dieses Motto ist gut gewählt. Denn „Wir gehen vor!“, das heißt zum einen „Unsere Interessen gehen vor“.

Jahrelang gab das kurzfristige Renditestreben von Kapital und Banken den Takt für Arbeit und Wirtschaft vor. Auf den Weltmärkten wurde 10mal mehr Kapital gehandelt, als die Realwirtschaft hergab. Kapital und Realität hatten sich voneinander entkoppelt. Die Menschen haben dabei nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Denn die irren Gewinnquoten von Unternehmen und Banken haben sich nicht in der Lohntüte widerspiegelt. Im Gegenteil: die Reallohne sind in den letzten Jahren nur gering gestiegen oder sogar gesunken. Deshalb ist es jetzt richtig, dass wir entschieden die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einfordern. Deshalb ist „Wir gehen vor!“ richtig.

„Wir gehen vor!“, das heißt aber auch: „Wir gehen voran!“ Wir zeigen politische Alternativen auf und wir wollen die Menschen dafür gewinnen. Es gibt Politiker, die haben die Gewerkschaften einmal als die wahre Plage unserer Zeit bezeichnet.

Ich bin mir jedoch sicher, dass mehr Menschen in einer Gesellschaft leben wollen,

- in der jeder Mensch am Wohlstand teilhaben kann, statt einer immer größeren Lücke zwischen Arm und Reich zuzusehen,
- in der faire Löhne gezahlt werden, von denen man anständig leben kann und
- in der Solidarität mit den Schwachen selbstverständlich ist statt in einer Ellenbogengesellschaft, aus der die Schwachen herausgeboxt werden.

Deshalb sind die Gewerkschaften keine Plage. Sie stehen für den Mehrheitswillen der Menschen. Deshalb gehen sie voran und nehmen andere mit: für Gute Arbeit, Gerechte Löhne und den Starken Sozialstaat! Und wir müssen dafür sorgen, dass aus der Sehnsucht der Menschen nach einer solidarischen Gesellschaft auch der Mehrheitswillen wird.

(Aufruf zur Landtagswahl)

In 8 Tagen findet in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahl statt. Keine Angst, ich werde nun keine Wahlkampfrede halten. Die meisten hier im Raum wissen ja sowieso, welcher Partei ich am 9. Mai meine beiden Stimmen geben werde.

Mir geht es um etwas Anderes: ich bitte euch, nein, ich fordere euch auf, von eurem Wahlrecht am 9. Mai Gebrauch zu machen! Es werden in den nächsten Jahren wichtige Weichenstellungen im Landtag vorgenommen. Wir wollen dabei als Gewerkschaften mithelfen, dass dem Streben nach der solidarischen Gesellschaft durch politische Mehrheiten Ausdruck verliehen wird.

Umso wichtiger ist es, sich beim Wählen zu bekennen. Denn es bleibt dabei: wer nicht wählt, der stärkt diejenigen, die in diesem Jahr leider auch in unserer Stadt die Plakate so hoch an die Laternen gehängt haben.

An den Wahlkampfständen, die ich besuche, gibt es immer wieder zwei Themen, die die Menschen neben Bildung und aktuell Griechenland immer wieder beschäftigen. Das eine ist die Situation und die Krise der Stadtfinanzen.

Die Menschen spüren derzeit sehr genau, dass da etwas grundfalsch läuft, wenn die Städte landauf, landab Gebühren erhöhen müssen, Einrichtungen schließen, die Nachtbeleuchtung ausschalten oder die Frostschäden auf den Straßen und Gehwegen nicht vernünftig reparieren können. Nicht zuletzt in den Städten konkretisiert sich jeden Tag aufs Neue, wie es um den sozialen Zusammenhalt und um die Qualität unseres Gemeinwesens bestellt ist.

Da stimmt es auf den ersten Blick hoffnungsfroh, wenn die Bundesregierung eine Kommission einsetzen will, die sich um die Reform der Gemeindefinanzen kümmern soll. Leider ernüchert der Blick in den Koalitionsvertrag. Denn es handelt sich hier um einen ganz alten Hut. Die Koalition möchte nämlich die Gewerbesteuer abschaffen und den Städten stattdessen die Möglichkeit einräumen, einen zusätzlichen Aufschlag auf die Einkommenssteuer zu erheben.

Immerhin reden wir hier über keine Kleinigkeit, sondern über 40 Milliarden Euro, die jährlich aus der Gewerbesteuer erzielt werden.

Die Frage ist ganz einfach: wer bezahlt das eigentlich? Und die Antwort ist auch ganz einfach: die Gewerbesteuer zahlt die Wirtschaft, die Einkommenssteuer zahlen die Bürgerinnen und Bürger.

Und darum geht es im Ergebnis: um ein gigantisches Umverteilungsprojekt von 40 Milliarden Euro, von denen die Wirtschaft entlastet und mit denen die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belastet werden sollen! Wir wollen lebenswerte Städte, aber wir machen nicht mit, wenn die Last für die Stadtfinanzen einzig den Bürgerinnen und Bürgern zugemutet werden soll! Das ist ungerecht!

Nein, wir brauchen die Hilfe von Bund und Land, um den Kommunen zu ermöglichen, ihren Aufgaben nachzukommen, ohne finanziell erdrosselt werden.

Wer allerdings angesichts der derzeitigen Situation in den Städten fordert, es könnten eigentlich noch 16 Milliarden Euro mehr Steuersenkungen sein, der betreibt entweder schamlos eine glasklare Klientelpolitik oder hat politisch gesehen nicht mehr alle Tassen im Schrank.

Jeder und jede weiß, dass das nur gehen kann, wenn man massiv in die Sozialleistungen des Staates einschneidet. Es dauert noch 8 Tage, bis die schwarz-gelbe Koalition das auch zugibt. Das Beste wäre, wenn sie das gar nicht mehr umsetzt.

Ein zweites Thema, das die Menschen bewegt, ist die Zukunft unseres Gesundheitssystems. Anfang des Jahres wurde bekannt, dass den Krankenkassen am Ende etwa 7 bis 8 Milliarden Euro fehlen werden. Sogleich haben mehrere Krankenkassen angekündigt, einen Sonderbeitrag von den Versicherten zu erheben, um das Defizit auszugleichen.

Auch hier klingt es gut, wenn die Bundesregierung zunächst einmal eine Kommission einberufen hat, die sich mit der zukünftigen Finanzierung des Gesundheitssystems beschäftigen soll. Doch auch hier zerstört ein Blick in den Koalitionsvertrag jede Hoffnung. Denn der Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung soll eingefroren werden. Das heißt konkret, dass alle Mehrkosten allein durch die gesetzlich Versicherten getragen werden müssen.

Und zum anderen will man eine einkommensunabhängige Gesundheitsprämie einführen. Was heißt das nun konkret, die sogenannte Kopfpauschale? Es bedeutet, dass jeder Versicherte den gleichen Krankenkassenbeitrag zahlt. Der Pförtner genauso viel wie der Fabrikdirektor. Das Gehalt spielt dann keine Rolle mehr und schwache Schultern tragen dann genauso viel wie starke. Allein das ist schon ungerecht.

Wer sich die Pauschale nicht leisten kann, soll einen sogenannten Sozialausgleich bekommen. Und das werden nicht Wenige sein. Nach Berechnungen der Universität Köln würden durch eine solche Kopfpauschale bis zu 40 Millionen Bürger auf staatliche Unterstützung angewiesen sein.

Um diesen notwendigen Sozialausgleich überhaupt bezahlen zu können, müssten 35 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Wir haben einmal beim Bundesfinanzminister (CDU) nachgefragt, wie das finanziert werden soll. [Fragen kostet nichts.]

Und er hat zwei Finanzierungswege mitgeteilt: man könne den Spitzensteuersatz auf über 70 % erhöhen oder die Mehrwertsteuer um bis zu 4 % erhöhen, um die Einführung einer Kopfpauschale zu finanzieren. Nun gebe ich die Frage mal in den Saal: was würden die eher machen?

Auch hier handelt es sich um ein gigantisches Umverteilungsprojekt:

- Mehrkosten in den Krankenkassen sollen alleine durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwirtschaftet werden
- und den notwendigen Sozialausgleich zahlen die Betroffenen durch eine erhöhte Mehrwertsteuer gleich selbst.

Weniger Beiträge für Unternehmen und Spitzenverdiener, dafür aber höhere Steuern, höhere Beiträge und weniger Leistung für Normal- und Geringverdiener. Ich glaube viele, hatten sich das mit dem „Mehr Netto vom Brutto“ irgendwie anders vorgestellt.

Die Gewerkschaften treten seit jeher für einen starken Sozialstaat ein, der dadurch gekennzeichnet ist, dass alle Menschen den Zugang zur besten medizinischen Versorgung haben, egal wie hoch ihr Einkommen ist. Starke Schultern sollen mehr tragen als Schwache. Deshalb verstehen wir den Sozialstaat vor allem als Solidargemeinschaft! Wir wollen, dass Menschen füreinander einstehen und dass die Gesellschaft zusammen bleibt! Deshalb treten wir für den starken Sozialstaat ein!

(Die Arbeitswelt im Umbruch)

Jeder und jede spürt, dass die Arbeitswelt bei uns in Unordnung ist. Es wird unsicherer und unfairer. Es ist inzwischen nicht mehr selbstverständlich, dass man für ordentliche Vollzeitarbeit am Ende des Monats auch so viel Lohn in der Tasche hat, dass man davon leben kann. Für viele heißt das leider: auch Arbeit schützt vor Armut nicht.

- Über 5 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland für weniger als 8 Euro die Stunde.
- Mindestens 1,2 Millionen arbeiten für weniger als 5 Euro.
- Mehr als 1,3 Millionen Menschen müssen nach ihrer Arbeit sogar gleich zum Amt gehen, um sich dort ergänzendes Hartz IV abzuholen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht.

Die Frage ist: wollen wir, dass die Arbeitswelt sich so weiter entwickelt? Hoffen wir nur, dass wir selbst nicht zu den Betroffenen gehören, oder wollen wir eine andere Arbeitswelt, in der jede und jeder, der seine Arbeit ordentlich macht, so viel verdient, wie er zum Leben braucht?

Für die Gewerkschaften ist klar: wir ergreifen Partei! Wir stehen auf der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Und wir finden uns deshalb einfach nicht damit ab, dass bei uns die Menschen für Hungerlöhne arbeiten müssen.

Wir nehmen es nicht hin, dass in Sachsen eine Friseurin 2,04 Euro pro Stunde bekommt und das noch nicht einmal als sittenwidrig anerkannt wird. Arm trotz Arbeit -das ist der gesellschaftliche Skandal in unserem Land!

Kernstück unserer Forderungen ist daher weiterhin die Einführung einer Lohnuntergrenze, das heißt ein gesetzlicher Mindestlohn! Der DGB fordert, dass dieser mindestens 8,50 Euro betragen soll. Das ist richtig so, denn wir wollen, dass die Menschen, die den ganzen Tag arbeiten gehen, von dem Lohn für diese Arbeit auch anständig leben können!

Dringenden Handlungsbedarf gibt es auch bei der Leiharbeit. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wurde 2003 verändert. Leider hat das nicht die gewünschte Wirkung erzielt, denn: Löhne werden gedrückt, der Kündigungsschutz wird ausgehebelt. Scheingewerkschaften machen sich zum Handlanger der Lohndrückerei, indem sie Scheintarifverträge abschließen, und kleben sich dafür noch das Attribut Christlich an. Welch ein Hohn! Das hat mit Christlich nichts zu tun.

Zugegeben, die SPD hat Fehler gemacht. Vielleicht hat man in guter Absicht gehandelt, aber das Ergebnis ist anders. Die Wählerinnen und Wähler haben uns das bei der Bundestagswahl mehr als deutlich gemacht und wir haben das verstanden.

Jetzt müssen wir so schnell wie möglich diesen Fehler korrigieren. Die Leiharbeit muss begrenzt werden. Um das zu erreichen müssen wir

- dafür sorgen, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird (egal ob Zeitarbeiter oder nicht);
- die konzerninterne Verleihung einschränken, damit nicht Stammbeschaften durch Leiharbeiter ersetzt werden
- die Betriebsräte in den Einsatzbetrieben zukünftig über Umfang und Dauer der Leiharbeit im Unternehmen mitbestimmen lassen.

Leih- und Zeitarbeit wieder auf ein realistisches Maß beschränken und reguläre Beschäftigung im sogenannten Normalarbeitsverhältnis stärken – das sind die Herausforderungen, die vor uns liegen. Und dafür brauchen wir den Druck starker Gewerkschaften!

Für Unsicherheit sorgt aber auch das Ausmaß von befristeten Arbeitsverhältnissen. Inzwischen arbeitet jeder zehnte Arbeitnehmer ohne feste Stelle. Bei Neueinstellungen ist jeder zweite Job nur noch befristet. Wie sollen aber junge Menschen eine Familie gründen oder für das Alter vorsorgen, wenn sie nicht wissen, wie es in einem oder zwei Jahren mit ihnen beruflich weiter geht?

Wir sind der Meinung: Die gesetzliche Probezeit ist lang genug. Wer sich bewährt hat, muss einen verlässlichen Arbeitsvertrag und damit Sicherheit bekommen. Darum muss die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen weg.

Uns reicht es nicht aus, die Arbeitswelt neu zu ordnen. Wir wollen es nicht hinnehmen, dass weiterhin Millionen von Menschen von Arbeit ausgeschlossen sind. Derzeit sind in Deutschland 3,4 Millionen Menschen arbeitslos. In Nordrhein-Westfalen beträgt die Arbeitslosenquote 9 Prozent und in unseren Städten hier in der Region teilweise über 14 Prozent. Ich kann keine Entspannung am Arbeitsmarkt erkennen wie die Bundesarbeitsministerin. Im Gegenteil: Die Zahlen beweisen, dass Massenarbeitslosigkeit bei uns weiterhin der eigentliche Skandal ist und wir als Gewerkschaften finden uns einfach nicht damit ab!

Wenn wir nicht dafür sorgen, dass jeder und jede eine faire Chance bekommt, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen (und wenn es sein muss, dann auch noch eine zweite und dritte!), dann werden wir unseren Wohlstand nicht halten können.

Denn: wir stehen kurz vor einem massiven Fachkräftemangel. Die Wirtschaft steht hier selbst in der Verantwortung. Denn auf der einen Seite werden in den nächsten Jahren viele Fachkräfte fehlen und auf der anderen Seite stehen Menschen, die seit Jahren aus der Arbeitswelt ausgeschlossen sind und die nicht die nötige Qualifizierung und Erfahrung bekommen, um den Fachkräftemangel zu beheben. Schuld daran sind eine verfehlte Bildungspolitik und der massive Abbau von Ausbildungsplätzen durch die Wirtschaft in den vergangenen 20 Jahren.

Deshalb können wir es nicht länger zulassen, dass Bildung bei uns so stark vom Geldbeutel der Eltern abhängt! Wir müssen dafür sorgen, dass jeder junge Mensch eine faire Chance in unseren Schulen und Hochschulen bekommt, dass wir nicht so früh aussieben in der Schule und den Zugang zu Hochschulen nicht durch Studiengebühren weiter verbarrikadieren. Wir wollen Gerechtigkeit im Bildungswesen und damit unsere Spitzenposition als Volkswirtschaft sichern. Deshalb treten wir ein für längeres gemeinsames Lernen, für mehr Ausbildungsplätze und Bafög statt Studiengebühren!

Zu guter Letzt noch ein Wort zur Mitbestimmung. Sie gehört zu den stolzen Traditionen unseres Landes (und auch in unserer Stadt). Durch sie ist es gelungen, Wohlstand aufzubauen und Betriebe einigermaßen sicher durch Krisenzeiten zu führen. Gerade in der aktuellen Krise von Finanzen und Wirtschaft hat sich gezeigt, dass die Betriebs- und Personalräte nicht nur verlässliche Partner sondern Garanten für eine nachhaltige Unternehmensentwicklung sind.

Denn Betriebs- und Personalräte orientieren sich nicht allein an kurzfristiger Rendite, sondern daran, was dem Unternehmen langfristig nützt und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Sicherheit gibt.

Wir wollen die Mitbestimmung deshalb erhalten und ausbauen, statt sie weiter einzuschränken. Sie hat die Kooperation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Unternehmen gefestigt und gehört unverändert zu den Grundlagen – ja zu den Voraussetzungen des wirtschaftlichen Erfolges Deutschlands!

(Für ein neues Bündnis der solidarischen Mehrheit!)

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben dieses Land und diesen Wohlstand aufgebaut. Wer diesen Sozialstaat so erbärmlich diffamiert, wer ihn zum unfähigen Schwächling abstempelt und wer das nur tut, um die Gesellschaft auseinander zu treiben, der muss mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen. Denn hier geht es um unseren Sozialstaat, um die Errungenschaften und Leistungen, die Generationen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erkämpft haben.

Wir haben etwas erreicht, das in vielen Ländern der Erde noch lange keine Selbstverständlichkeit ist. Das zu verteidigen, ist eine für uns dauernde Aufgabe, gerade heute.

Aber die Krise von Wirtschaft und insbesondere Finanzwelt zeigt eines auch überdeutlich: wir begreifen diese Krise auch als Scheidepunkt. Wir müssen uns entscheiden. Wie wollen wir Arbeiten und Leben in den nächsten Jahren und Jahrzehnten? Wollen wir weiter dem Dogma der kurzfristigen und spekulativen Gewinne hinter her laufen oder gehen wir einen neuen Weg für Gerechtigkeit, gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften?

Als Arbeiterbewegung ist unser Kompass klar: wir wollen das, was den Menschen nützt, was der Gesellschaft als Ganzes nützt und nicht nur wenigen, die jetzt schon wieder dabei sind, die nächste Spekulationsblase zu zünden! Wir wollen gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat!

Dafür suchen wir Verbündete. Wir wollen alle fortschrittlichen Kräfte in unserer Gesellschaft gewinnen für einen neuen Weg, der uns weg führt von den marktradikalen Irrlehren!

Wir kämpfen gemeinsam dafür, dass Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.

Wir kämpfen gemeinsam dafür, dass alle Menschen faire Chancen bekommen; dafür, dass keiner Herr und keiner Knecht ist!

Wir kämpfen gemeinsam dafür, dass Solidarität wieder bedeutet, dass Starke mehr tragen als Schwache!

Und wir kämpfen gemeinsam für eine gerechte Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Wohlstandes!

Mit uns zieht die neue Zeit. Und deshalb ist das ein sehr gutes Motto für den 1. Mai: „Wir gehen vor!“ Denn für unsere Ziele gehen wir woran! Und ich füge noch einen Satz dazu: „Wir schaffen das!“